

Thesenpapier zur Auswertung einer großen Umfrage unter den Deutschen

Unter den Deutschen schwindet die Ablehnung von Staatsschulden – Ergebnisse einer großangelegten Befragung

Die grundlegend skeptische Haltung gegenüber staatlicher Verschuldung ist sprichwörtlich. Als Sinnbild gilt dabei die Schwäbische Hausfrau. Das hat sich nicht grundsätzlich geändert. Dennoch zeichnet sich ab, dass sich die Einstellungen wandeln – und dass die Ablehnung gegenüber Staatsschulden heute deutlich weniger stark ist, als es das Image der Deutschen vermuten lässt. Dabei gibt es inzwischen eine sehr weitgehend geteilte Wahrnehmung, dass der Staat dringend mehr investieren sollte – und eine nennenswerte Zustimmung dazu, diese Ausgaben dann auch über Kredit zu finanzieren.

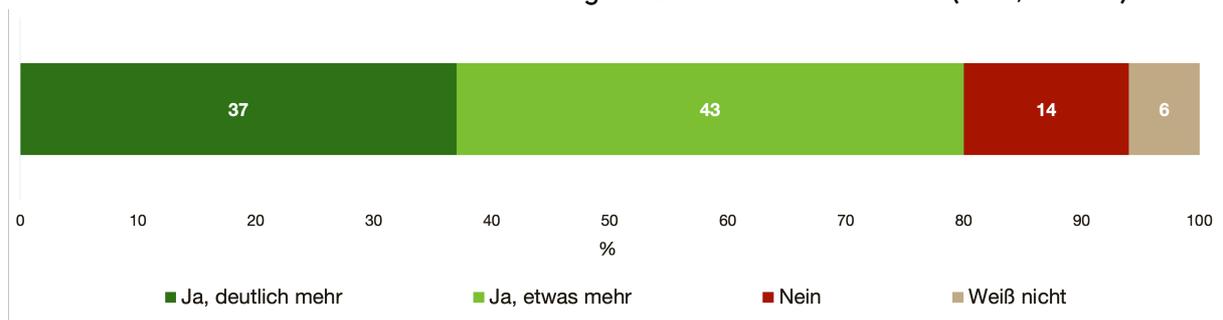
Dies sind die Ergebnisse einer umfangreichen repräsentativen Befragung der Menschen in Deutschland in diesem Herbst, die das Forum New Economy in Zusammenarbeit mit d|part gemacht hat. Die Stimmungslage in der Bevölkerung scheint dabei den Wandel in der Politik zu spiegeln – weg von einer sehr strikten Aversion gegen Schulden hin zur Bereitschaft, etwa in der Schuldenbremse in dem Sinne zu reformieren, dass so zusätzliche Investitionen ermöglicht werden.

Für die Umfrage wurden vom 18. bis 30. Oktober 2024 insgesamt 1986 Menschen im Alter von 16 bis 80 Jahren befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Bundesland. Ein Schwerpunkt der Umfrage war es dabei, gezielt nach der Zustimmung zu gängigen Narrativen und Erzählungen zu fragen; in der erweiterten Befragung wurden zudem auch unmittelbar Einstellungen zur Rolle von Staat und Schulden abgefragt.

Großer Konsens zum Bedarf an staatlichen Investitionen

Einen weitgehenden Konsens gibt es unter den Befragten dazu, dass „der Staat mehr Geld investieren“ sollte – etwa für Klimaschutz, moderne Schulden und Universitäten oder die Bahn. Fast 40 Prozent sehen „deutlich mehr“ Bedarf, weitere 43 Prozent „etwas mehr“. Nur 14 Prozent sagen, dass der Staat nicht investieren sollte. Die Zustimmung ist auffällig unabhängig von der Parteipräferenz der Befragten und liegt bei FDP und CDU jeweils über 80 Prozent.

Abbildung 1: Positionen zu der Frage, ob der Staat mehr Geld in z.B. Klimaschutz, modernere Schulen sowie eine bessere Ausstattung der Bahn investieren sollte (in %, N=1968)



Zusätzlichen Bedarf scheint eine große Mehrheit auch bei anderen Ausgaben zu sehen. So stimmen gut 70 Prozent der Aussage zu, dass „beim Staat (...) zu viele Stellen gekürzt“ wurden – und dass es „überall in Ämtern und Schulen an Personal“ fehle. Auch hier gibt es wenig Abweichungen zwischen den Sympathisanten der verschiedenen politischen Parteien; die Zustimmung schwankt zwischen 66 beziehungsweise 67 Prozent bei den Wählern von AfD und FDP und 77 beziehungsweise 78 Prozent bei den Wählern von SPD und Grünen.

Abbildung 2: Zustimmung zum Narrativ „Beim Staat wurden zu viele Stellen gekürzt. Jetzt fehlt es überall in den Ämtern und Schulen an Personal.“ (in %, N=1968)

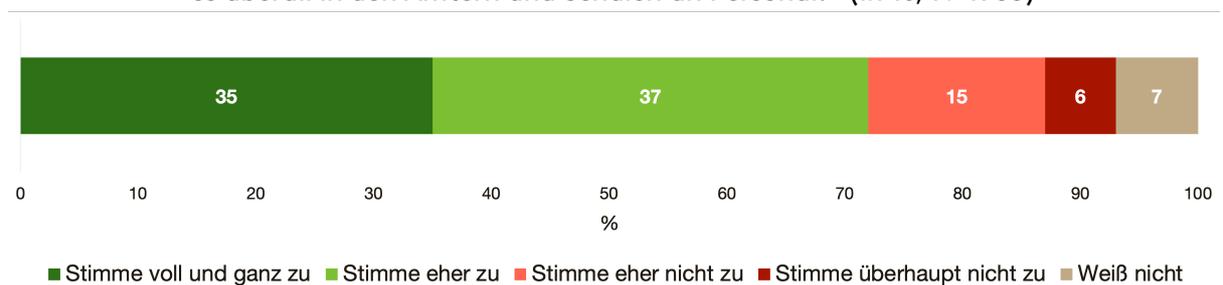
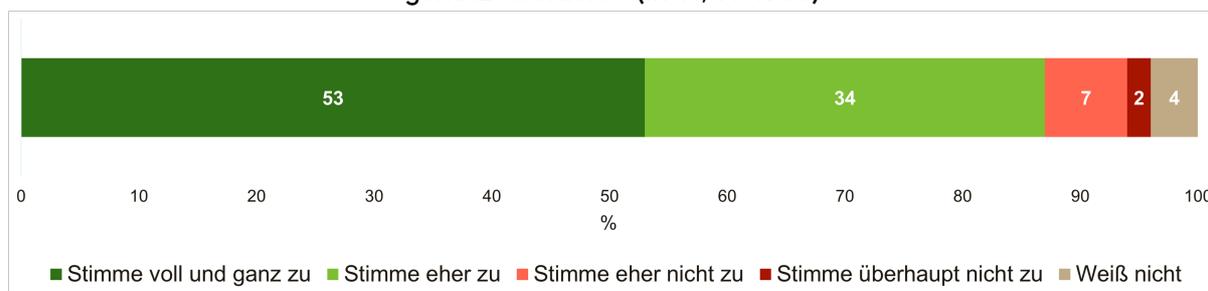


Abbildung 3: Zustimmung zum Narrativ „Beim Staat wurden zu viele Stellen gekürzt. Jetzt fehlt es überall in den Ämtern und Schulen an Personal.“ nach Parteiaffinität (in %, N=1968)



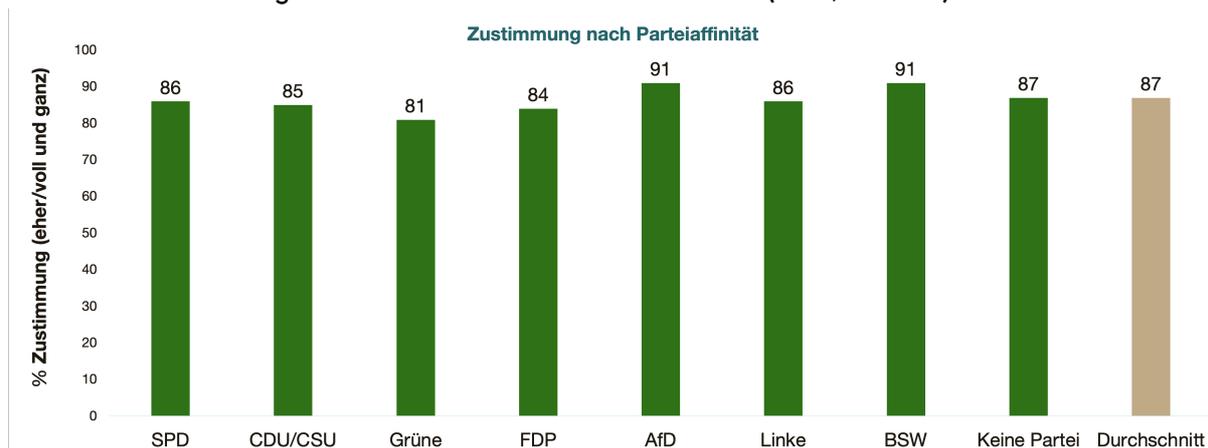
Trotz der hohen Zustimmung zu den genannten konkreten Ausgabenbedarfen gibt es in der Bevölkerung allerdings nach wie vor auch eine große Sympathie für abstrakt-konservativere Befunde, die zumindest gegen eine Ausweitung der staatlichen Ausgaben insgesamt sprechen. So stimmen fast 90 Prozent der Formulierung zu, dass der Staat „genug Mittel“ habe – und sie „nur besser genutzt werden“ müssten.

Abbildung 4: Zustimmung zum Narrativ „Der Staat hat genug Mittel. Sie müssen nur besser genutzt werden.“ (in %, N=1968)



Hierin dürfte sich die Wahrnehmung einer offenbar ineffizient arbeitenden Verwaltung spiegeln. Dies könnte auch den scheinbaren Widerspruch zwischen einem Befund mangelnder öffentlicher Mittel (für konkrete Zwecke wie Schulen) und der Aussage erklären, wonach der Staat doch genug Mittel hat. Wie weitere Antworten aus der Befragung vermuten lassen, gibt es zwar hohe Zustimmungswerte zu staatlichen Eingriffen in bestimmten Fällen, aber auch die Wahrnehmung, dass der Staat diese Aufgabe in seiner jetzigen Form und Ausstattung nicht hinreichend und effizient umzusetzen fähig ist.

Abbildung 5: Zustimmung zum Narrativ „Der Staat hat genug Mittel. Sie müssen nur besser genutzt werden.“ nach Parteilaffinität (in %, N=1968)



Staatsschulden eher noch unpopulär, für Investitionen akzeptabel

Es spricht einiges dafür, dass sich in den scheinbar widersprüchlichen Aussagen auch ein paradigmatischer gesellschaftlicher Wandel hin zu einer differenzierteren Sicht von Staatsaufgaben und staatlichen Schulden spiegelt. In solchen Übergängen kommt es typischerweise dazu, dass sich Altes mit Neuem vermengt, also in diesem Fall alte Narrative und Haltungen noch nachwirken, während neue bereits auf große Zustimmung stoßen. Auch wenn dies logisch und faktisch nicht zusammenzupassen scheint.

Dies könnte auch und besonders hinsichtlich der Antworten gelten, die die Befragten zu gängigen Narrativen hinsichtlich der Frage der Finanzierung von Investitionen sowie den Staatsschulden per se gaben. So stimmen zwei von drei Befragten dem Narrativ zwar nach wie vor zu, wonach „wir unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen“ – und deswegen „nicht noch mehr Kredite“ aufnehmen dürfen. Das Narrativ war in Deutschland lange Zeit ein politisch dominanter Leitsatz, auch als Grundlage für die Einführung der Schuldenbremse. Diesem Satz stimmt selbst eine Mehrheit der Anhänger und Anhängerinnen von Grünen und SPD zu (jeweils knapp 60 Prozent). Die höchste Zustimmung kommt von Wählern der AfD (mit 76 Prozent). Ausdrücklich abgelehnt wird dieses per se schulden-averse Narrativ nur von einem Viertel der Menschen.

Abbildung 6: Zustimmung zum Narrativ „Der Staat sollte nicht noch mehr Kredite aufnehmen. Wir dürfen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen.“ (in %, N=1968)

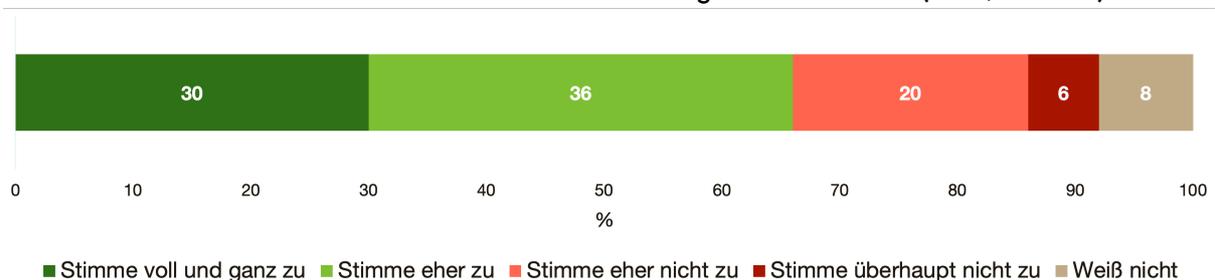
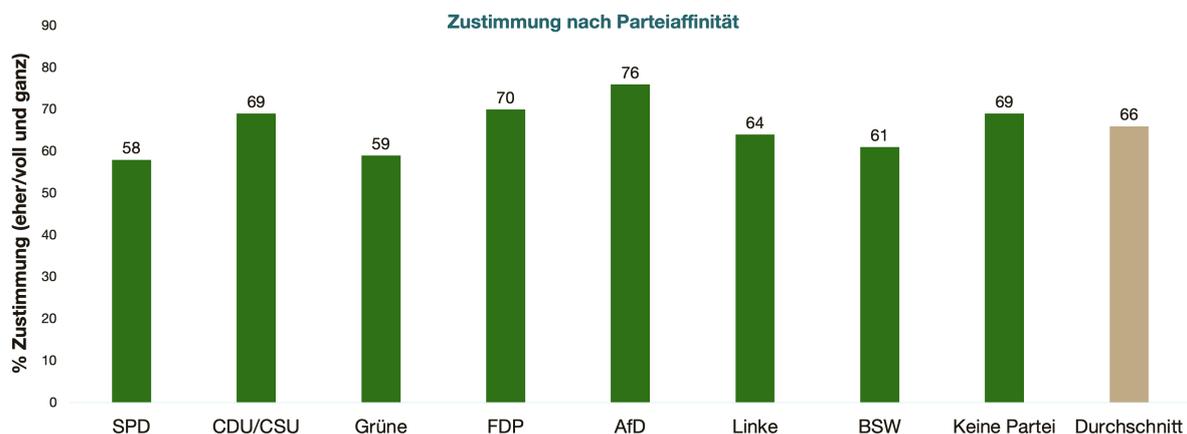
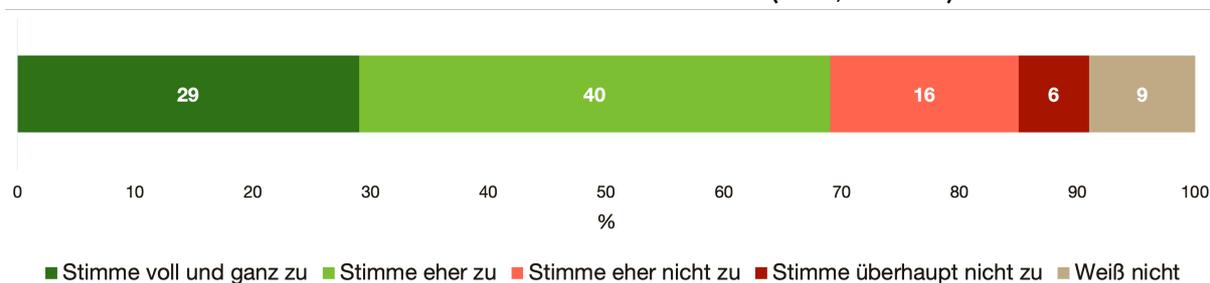


Abbildung 7: Zustimmung zum Narrativ „Der Staat sollte nicht noch mehr Kredite aufnehmen. Wir dürfen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen.“ nach Parteiaffinität (in %, N=1968)



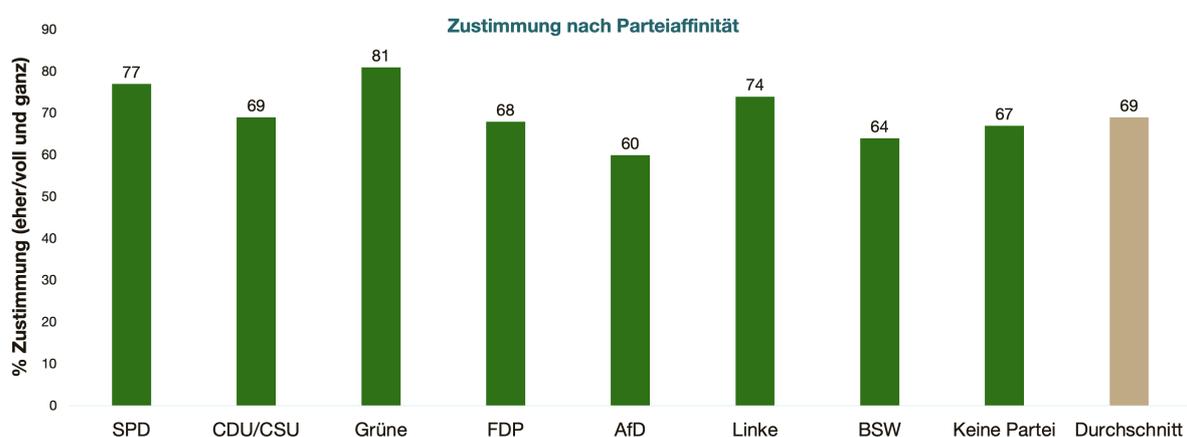
Bemerkenswert ist allerdings, dass dem älteren, fiskalisch konservativen Narrativ inzwischen ein ebenso zugkräftiges neues entgegensteht, das bei den Menschen im Land sogar auf noch etwas stärkere Sympathie stößt – auch wenn dies in seiner Konsequenz widersprüchlich wirkt. Dieses spricht ebenso emotional Lasten für „unsere Kinder“ an, allerdings in diesem Fall eher die, die durch mangelnde Investitionen entstehen. Um **unseren Kindern keinen „kaputten Planeten“ zu hinterlassen**, ist es demzufolge „besser, für Zukunftsinvestitionen heute Schulden zu machen“. Dieser Aussage stimmen im Herbst 2024 knapp 70 Prozent der Menschen in Deutschland zu – eine sehr klare Mehrheit, die nicht zum Image der per se schuldenaversen Deutschen passt.

Abbildung 8: Zustimmung zum Narrativ „Es ist besser, für Zukunftsinvestitionen heute Schulden zu machen, statt unseren Kindern einen kaputten Planeten mit maroden Straßen, Schienen und Schulen zu hinterlassen.“ (in %, N=1968)



Dass dahinter eine tiefere Verschiebung des Meinungsbilds gegenüber früher steckt, lässt die Aufschlüsselung nach Parteien erkennen: die begründete Kreditaufnahme bejahen zu mehr als 60 Prozent selbst Anhänger der FDP, deren Führung sich 2024 durch ihre Ablehnung (weiterer) staatlicher Schulden besonders zu profilieren versucht hat. Auch unter den AfD-Anhängern, die im Parteienvergleich am wenigsten Sympathie für höhere Schulden zeigen, stimmen 60 Prozent der Aufnahme von Schulden zu Investitionszwecken zu. Die Anhänger von CDU/CSU halten die Aussage sogar zu knapp 70 Prozent für richtig.

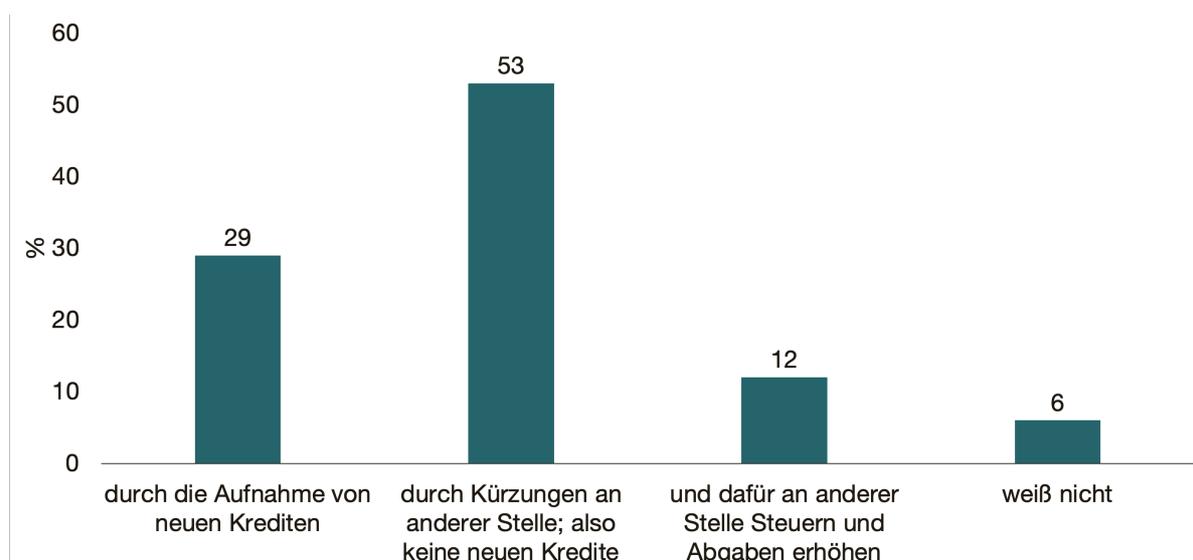
Abbildung 9: Zustimmung zum Narrativ „Es ist besser, für Zukunftsinvestitionen heute Schulden zu machen, statt unseren Kindern einen kaputten Planeten mit maroden Straßen, Schienen und Schulen zu hinterlassen.“ nach Parteiaffinität (in %, N=1968)



Dass es für beide Narrative zu den „Lasten unserer Kinder“ hohe Zustimmung gibt, scheint erst einmal widersprüchlich. Auf individueller Ebene lässt sich dieser dadurch erklären oder auflösen, dass die Menschen in Deutschland zwar – nach wie vor – eine grundsätzliche Abneigung gegenüber staatlichen Schulden haben. Diese schwindet aber offenbar, wenn konkreter formuliert ist, wofür diese Kredite genutzt werden – in diesem Fall für Investitionen in Straßen, Schienen und Schulen¹. Entsprechendes zeigt sich bei den Fragen zur Mittelausstattung der öffentlichen Hand, die eine Mehrheit für ausreichend hält („genug Mittel“), während eine ähnliche Mehrheit ebenso zustimmt, dass zu viele Mittel in den Ämtern gekürzt wurden.

Die hohe Zustimmung dürfte in den vorliegenden Narrativ-Tests auch damit zu tun haben, dass emotional ähnlich stark wirkende Begriffe genutzt werden (Kindern, Schuldenberge, kaputter Planet). Sie passt aber auch zur Grundannahme eines paradigmatischen Wandels (weg von der alten Orthodoxie und hin zu mehr Offenheit für – gut begründbare – Staatsschulden), in der alte und neue Narrative sich erfahrungsgemäß noch überlappen. Das könnte auch erklären, warum es einerseits zwar sehr große Zustimmung zu dem Narrativ gibt, wonach Staatsschulden gut sind, wenn sie für Investitionen genutzt werden, andererseits aber etwa die Hälfte der Menschen spontan „Kürzungen an anderer Stelle“ angeben, wenn sie danach gefragt werden, wie der Investitionsbedarf finanziert werden sollte. Die Option höherer Schulden wird bei dieser Fragestellung – und bei jeweils einer möglichen Antwort – nur von 29 Prozent präferiert.

Abbildung 10: Wenn vor die Wahl gestellt, wie Mehrausgaben in Folge von Investitionen finanziert werden sollen (in %, N=1572, nur jeweils eine Antwort möglich)



¹ Ein Zitat aus den Kleingruppengesprächen im Vorfeld der repräsentativen Umfrage: „Es wäre gut, wenn wir nicht noch mehr neue Schulden aufnehmen. Wenn es zukunftssträchtig wäre, gern, aber unser Staatshaushalt beinhaltet mehr als 60% für Soziales. Damit finanzieren wir nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart.“ Sascha, 31 (Leipzig)

Dass die Präferenz zu Kürzungen so stark ist, dürfte dabei auch durch jenes weitere aktuell starke Narrativ geprägt sein, wonach der Staat genug Geld hat und es nur effizienter nutzen sollte (siehe oben), was wiederum stark durch die verbreitete Wahrnehmung von ungerecht eingesetzten öffentlichen Geldern (für Flüchtende, Bürgergeldempfänger u.a.) beeinflusst wird.

*

Die Deutschen sind im Herbst 2024 nach wie vor skeptisch, wenn es um Staatsschulden geht. Den Befragungen zufolge sind sie dennoch sehr viel offener, als es dem Image entspricht, wenn es darum geht, dass der Staat Kredite aufnimmt, um damit die Zukunft zu sichern. Alles in allem wirken die Umfragewerte zu Schulden und Staatsaufgaben so spiegelbildlich zu jenem paradigmatischen Wandel, der in der deutschen Politik 2024 dazu geführt hat, eine lange als Tabu geltende Schuldenbremse über Parteigrenzen hinweg infrage zu stellen – und zumindest eine Reform für nötig einzustufen, was bis vor einem Jahr kaum denkbar schien. Eine Reform wird inzwischen von einer Reihe CDU-Ministerpräsidenten befürwortet, ebenso wie von bisher orthodoxen Beratungsgremien wie dem Sachverständigenrat oder den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten. Die Ergebnisse der hier ausgewerteten umfangreichen Befragungen lassen vermuten, dass dieser nicht-lineare Wandel mit einem ähnlichen Wandel in der öffentlichen Meinung einherzugehen scheint – auch wenn alte wie neue Narrative auf Sympathie (noch) stoßen und es noch keine eindeutigen neuen Mehrheiten an sich gibt.

Den Deutschen wurde lange eine legendär reflexartige Ablehnung von Staatsschulden zugeschrieben. Diese scheint – angesichts eines als dringend eingestuften Bedarfs an staatlichen Ausgaben und Investitionen – einer sehr viel differenzierteren Haltung zu weichen. Danach hängt das Urteil der Menschen in Deutschland über staatliche Schulden stark davon ab, wozu das Geld genutzt wird – und ob oder wie gut es angesichts einer verbreiteten Erfahrung mit nicht-funktionierender Verwaltung (oder Bahn) gelingt, das Geld effizient einzusetzen.

Veröffentlicht im Januar 2025

© Forum New Economy. Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Germany

Diese Publikation ist als PDF-Datei auf der Projekt-Website <https://newforum.org/umfrage-deutsche-befuerworten-staatsschulden-zur-finanzierung-von-investitionen/> unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange Forum New Economy und d|part genannt werden und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

Kontakt

Forum New Economy
www.newforum.org
info@newforum.org

Neue Promenade 6
10178 Berlin